

Es informiert Sie	Holger Müller
Telefon (0202)	563 7425
Fax (0202)	563 8022
E-Mail	holger.mueller@stadt.wuppertal.de
Datum	28.12.2011

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg (SI/1391/11) am 15.12.2011

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bezirksbürgermeister Hans-Joachim Lüppken:**

von der CDU-Fraktion

Herr Erhard Buntrock , Herr Burkhard Josef Buse , Herr Daniel Eichler , Frau Eva Rösener , Herr Lars Schäfers , Herr Ralf Wagener ,

von der SPD-Fraktion

Frau Gabriela Ebert , Herr Andreas Zenz ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Cornelia Krieger , Frau Sylvia Meyer , Herr Marcel Simon ,

von der FDP

Frau Charlotte Weilbrenner ,

von DIE LINKE

Frau Monika Altmann ,

von der WfW

Frau Kirsten Kroll ,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Frau Maria Schürmann ,

als Vertreter/in des Oberbürgermeisters

Frau Klaudia Dmuß ,

von der Verwaltung

Herr Jürgen Pelz ,

von der Polizei

Frau POK Partridge

von der Presse

Herr Goergens - WZ

Nicht anwesend sind:

von der SPD-Fraktion

Herr Ulrich Ippendorf , Herr Winfried Schrahe ,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Lorenz Bahr-Hedemann , Herr Volker Dittgen , Herr Karlheinz Emmert , Frau Sanda Grätz ,
Herr Hans-Jörg Herhausen , Herr Ralf Otto Jacob , Frau Angela Priggert , Herr Bernhard Simon ,
Herr Manfred Todtenhausen ,

als Vertreter des Oberbürgermeisters

Herr Dieter Verst ,

Schriftführer:

Herr Holger Müller

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Bestellung eines Schriftführers

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 15.12.2011:

Herr Holger Müller wird zum Schriftführer der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

2 Entscheidung über die Wahl eines 2. stellv. Bezirksbürgermeisters/einer 2. stellv. Bezirksbürgermeisterin

Herr Lüppken stellt den Antrag, auf die Wahl eines 2. stellv. Bezirksbürgermeisters/einer 2. stellv. Bezirksbürgermeisterin zu verzichten.

Herr Simon fragt nach den Gründen für die Sinnesänderung, denn zu Beginn der Wahlperiode habe sich die Bezirksvertretung nahezu einstimmig für die 2. Stellvertretung entschieden.

Herr Lüppken möchte zum einen durch Kostenersparnis dem weiteren Haushaltssicherungskonzept zuvorkommen und weist ferner darauf hin, dass die 2. Stellvertretung bisher auch nicht habe in Anspruch genommen werden müssen.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 15.12.2011:

Die Bezirksvertretung verzichtet für diese Wahlperiode auf die Wahl eines 2. stellv. Bezirksbürgermeisters/einer 2. stellv. Bezirksbürgermeisterin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit (bei 3 Enthaltungen)

3 Berichte und Mitteilungen

1. Bauvorhaben im Bezirk

- Antwort R Bauen und Wohnen auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

2.1 Versetzung eines Verkehrsschildes in der Vogelsangstraße

- Verfügung R Straßen und Verkehr -

2.2 Verkehrssituation an der Querungshilfe Vogelsangstraße Höhe Florastraße

- Stellungnahme R Straßen und Verkehr –

Frau Krieger bemängelt, die eine verbliebene Tempoanzeige-Leuchttafel sei in die falsche Richtung angebracht.

Die Verwaltung wird noch einmal um Prüfung gebeten.

- - -

Ein Anwohner der Straße In den Birken berichtet, in dieser Straße werde nahe der Kreuzung In der Beek / Aprather Weg die Geschwindigkeitsbegrenzung nicht eingehalten. Ebenso sollte der Schwerlastverkehr dort ausgeschlossen werden.

Herr Lüppken bittet die Verwaltung dazu um Auskunft zu einer der nächsten Sitzungen.

3. Parksituation Vogelsangstraße
 - Schreiben an eine Bürgerin –
 - Erneutes Schreiben der Bürgerin -
4. Kohlstraße – Querungshilfe vor Hausnummer 117
 - Stellungnahme R Straßen und Verkehr -
5. Situation Uellendahler Straße
 - Antwort R Stadtentwicklung und Städtebau auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Auf Bitte von **Herrn Simon** soll zu einer der Sitzungen im 1. Quartal 2012 die Wirtschaftsförderung oder Herr Walde zur Vertiefung der Thematik eingeladen werden.

Herr Lüppken möchte auch die GWG dazu bitten und das Thema erweitern um die künftige Nutzung des Gebäudes der ehem. Griechischen Schule.

6. Verkehrssituation Menzelstraße
 - Stellungnahme R Straßen und Verkehr -
7. Grundbesitzabgaben Winterdienst
 - Schreiben von Bürgern an R Finanzen –

Herr Buntrock äußert sich verärgert darüber, dass dem Bürger seitens der Verwaltung offenbar nie eine Antwort/Begründung dafür gegeben worden ist, warum an der im Schreiben genannten Stelle so und nicht anders geräumt worden ist bzw. werden kann.

4 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

1. **Frau Ebert** erläutert die schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion zu dem angeblich geplanten Rückbau des großen Teiches im Mirker Hain. **Frau Rösener bzw. Frau Weilbrenner** betonen die Wichtigkeit dieses Teiches bzw. des RRB. **Herr Wilhelm** bittet zu klären, ob es zutrifft, dass ein an den Mirker Hain angrenzendes städt. Grundstück verkauft werden soll. Er kündigt außerdem einen Antrag des Bürgervereins zu den Teichen für die nächste Sitzung an.
2. **Frau Kroll** spricht den schlechten Zustand des Spielplatzes auf halber Höhe des Falkenbergs an und bittet um Klärung, ob dieser weiterhin benötigt wird.
3. **Frau Kroll** berichtet, aus Richtung der Schrebergärten werde In der Beek offenbar sehr schnell gefahren. Sie bitte um Aufstellung eines Wiederholungsschildes mit der Begrenzung auf 30 km/h.

4. **Frau Kroll** bittet um Aufstellung eines Kreuzungsschildes an der Kreuzung Julius-Lucas-Weg/August-Jung-Weg, da diese Stelle wegen Hecken und Büschen sehr schlecht einsehbar sei.
5. **Herr Zenz** bittet um einen Sachstandsbericht zum Abbruch des ehem. Katernberger Schulhauses bzw. zu der dort geplanten Bebauung und verweist auf die Berichterstattung in der Presse. Lt. Einem anwesenden Bürger soll der Abbruch am 09.01.2012 erfolgen. Ab 26.02.2012 werde die BEMA Grundstückseigentümerin.
6. **Herr Zenz bzw. Frau Meyer** bitten um ein einheitliches Dateiformat (z. B. pdf – nicht tif!) bzw. ein einheitliches System der Bezeichnung von – insbesondere per E-Mail – versandten Unterlagen.
7. **Herr Wagener** bittet um Geschwindigkeitsmessungen auf der langen Geraden in der Theodor-Heuss-Straße, da dort nach Aussage von Anwohnern die 30 km/h nicht eingehalten würden.
8. **Herr Simon** berichtet von laufenden Gesprächen mit paritätischen Organisationen betr. die Situation am Katernberg. Er wird die Bezirksvertretung über den Fortgang unterrichten.
9. **Herr Lüpken** ist von Bürgern auf den schlechten Fahrbahnzustand der Nevigeser Straße, beidseitig zwischen dem Sportplatz und der Einmündung Westfalenweg angesprochen worden. **Herr Pelz** berichtet, die Verwaltung plane bereits einen neuen Deckenüberzug für 2012, vorausgesetzt, die Finanzmittel würden bereitgestellt.

5 **Angelegenheiten des Jugendrates**

Herr Simon berichtet, das Grundkonzept werde lt. aktueller Beratung im Fachausschuss bestehen bleiben.

6 **Bauarbeiten in einem Stichweg der Katernberger Straße - Bericht der Verwaltung**

Herr Pelz berichtet, er sei zunächst überrascht gewesen von den Reaktionen auf das Vorhaben, das eines von vier vergleichbaren Maßnahmen in Wuppertal darstelle. Ziel sei die Erhebung von Erschließungsbeiträgen. 1992 hätten in dem Stichweg Kanalbauarbeiten stattgefunden. Die Straßenbefestigung sei damals jedoch nicht komplett erfolgt. Der ursprünglich geplante Wendehammer sei wegen befürchteter Entwässerungsprobleme nicht realisiert worden. Daher hätten bisher nach der Erschließungsbeitragssatzung keine Beiträge erhoben werden können. Zuerst hätten Bordsteine mit Gehwegen gebaut und die derzeit provisorisch an Holzmasten befestigte Beleuchtung erneuert werden sollen. Letzteres sei jedoch nach Besichtigung durch Techniker vor Ort zurückgestellt worden, da die Beleuchtung im Grunde noch voll funktionsfähig sei. Nunmehr solle lediglich eine im ausgelegten Lageplan rot dargestellte Straßenfläche von rd. 25 qm mit einer Teerdecke befestigt und rd. 27 m Bordsteine gesetzt werden. Es gehe ausdrücklich nicht um den Ausbau des Wendehammers.

Herr Zenz möchte wissen, ob mit dieser Maßnahme der Abfluss des Oberflächenwassers weiterhin gesichert bzw. ob sie den Erfordernissen der Örtlichkeit angepasst sei.

Herr Pelz hat hierzu die ausdrückliche Bestätigung der WSW und des Ingenieurbüros erhalten. Die Erschließungsbeitragssatzung lege fest, wann eine Erschließung endgültig hergestellt sei. Durch das Setzen der Bordsteine, die nur in diesem kleinen Abschnitt fehlten, werde auch das allmähliche Ausfransen der Fahrbahnränder verhindert. Es werde ein Feststellungsverfahren nach § 125 BauGB durchgeführt, in dem die Stadt Wuppertal feststelle, dass die Straße in dieser Form ordnungsgemäß hergestellt werden könne. Dieses Verfahren ersetze die nach früherer Rechtslage notwendige Zustimmung der Bezirksregierung. Das letzte Grundstück an dieser Straße müsse zumindest so erschlossen werden, dass es von der Straße aus betreten werden könne; und dort befinde sich ein Hauszugang.

Auf die Frage von **Herrn Wagener** nach der Gesamthöhe der Erschließungskosten gibt **Herr Pelz** den umzulegenden Betrag mit ca. 60.000 € an.

Herr Dr. Lichtenberg (Bürgerinitiative Obere Katernberger Straße) führt aus, niemand wehre sich gegen Erschließungsbeiträge, wenn sie berechtigt seien. Er übergibt dem Geschäftsführer der BV eine schriftliche Stellungnahme zu dem Thema, zur Weiterleitung an die Mitglieder der Bezirksvertretung. Der Stichweg sei abschüssig, so dass bei Regen das Oberflächenwasser die Straße hinab und auf die Katernberger Straße fließe. Dort habe es seines Wissens schon Unfälle aufgrund der Verschlammung gegeben. Der fragliche Wendehammer sei damals nach Einschreiten von Stadtverordneten wegen des unmittelbar daneben befindlichen Biotops mit seltenen Feuersalamandern nicht asphaltiert, sondern lediglich geschottert worden. Hier wäre lediglich eine Neuschotterung angebracht. Ansonsten seien die Anwohner mit dem jetzigen Zustand ihrer Straße sehr zufrieden. Ausgangspunkt der Oberflächenwassermisere sei ein anderer Wendehammer weiter oberhalb, der im vorliegenden Plan nicht dargestellt sei. Damals habe die Fa. Bayer die Straße unterhalten.

Ein anderer Bürger sieht in der geplanten Maßnahme keine Verbesserung. Er spricht ebenfalls den im Plan fehlenden Wendeplatz oberhalb an, der entwässert werden müsste, denn von dort fließe das gesamte Oberflächenwasser die Straße hinab.

Herr Pelz macht noch einmal deutlich, hier gehe es nicht um eine verbessernde Maßnahme gem. KAG, sondern um die erstmalige Herstellung gem. BauGB, was eine rechtlich völlig andere Qualität bedeute.

Frau Krieger schlägt einen Ortstermin vor.

Herr Lüppken rät, die Entscheidung darüber zurückzustellen, bis eine Beschlussvorlage der Verwaltung vorliege.

Herr Pelz berichtet von einem Gespräch mit den Anliegern: Es gäbe die Möglichkeit, auf die geplanten Maßnahmen zu verzichten, wenn alle Anlieger sich per Vertrag zur Zahlung eines festzulegenden Abschlags verpflichten würden. Auf das formelle Beitragsverfahren könnte dann verzichtet werden. Der zu zahlende Betrag könnte sich dadurch für den Einzelnen etwas verringern.

Herr Dr. Lichtenberg wendet ein, die Anwohner seien zunächst mit diesem Vorschlag einverstanden gewesen. Sie seien aber nicht bereit, die Kosten für eine wahrscheinlich erst in viel späterer Zukunft fällige Erneuerung der Beleuchtung im Voraus mitzubezahlen.

Herr Lüppken erwartet eine alle Aspekte der Thematik umfassende

Beschlussvorlage der Verwaltung zu einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung, an der dann auch die Anwohner wiederum teilnehmen könnten.

7

Temporäre Einrichtung von Einbahnstraßen im Winter Vorlage: VO/0827/11

Herr Lüppken zitiert wesentliche Punkte aus der Ergänzungsdrucksache VO/0827/11/1-A und weist insbesondere darauf hin, dass die Entscheidungskompetenz bzgl. die Straße In den Birken nicht bei der Bezirksvertretung, sondern beim Ausschuss für Verkehr liegt.

Herr Simon kommt auf den Ortstermin vom 22.11.2011 an der Vogelsangstraße zu sprechen, bei dem auch über einen Einrichtungsverkehr für ÖPNV und Individualverkehr ab oberhalb Florastraße als Kompromissvorschlag gesprochen worden sei. Aus Sicht der Grünen wäre dies die am ehesten praktikable Lösung, da zumindest ein Teil der Anwohner dann einen nicht so großen Umweg fahren müssten. Er räume allerdings ein, dass alle angedachten Lösungen nicht ideal seien. In jedem Fall halte er die Gleichbehandlung von ÖPNV und Individualverkehr für wichtig.

Herr Zenz fragt nach dem Gegenstand der Beschlussfassung, da keine neue Beschlussvorlage der Verwaltung vorliege.

Herr Lüppken macht deutlich, dass dies weiterhin die Vorlage VO/0827/11 aus der Sitzung am 10.11.2011 sei, wobei die Bezirksvertretung natürlich auch anders beschließen könne als dort vorgeschlagen.

Herr Buntrock bemängelt, dass die im Ortstermin gemachten Vorschläge seitens der Verwaltung nicht in eine neue Beschlussvorlage aufgenommen worden seien. Was mit den Parkplätzen geschehe, bekomme die Bezirksvertretung dann wohl irgendwann mitgeteilt. Was den Busbetrieb bei extremer Witterungslage angehe, hätten die WSW bereits an den Haltestellen durch Aushang den Einbahnbetrieb festgeschrieben.

Herr Schäfers bittet den Beschluss derart zu modifizieren, dass die Haltverbotszone verkleinert und mit Klappschildern versehen werden soll, um entsprechend den jeweiligen Witterungsbedingungen flexibel zu bleiben.

Herr Lüppken macht darauf aufmerksam, dass lt. Ergänzungsdrucksache die WSW eine Verkürzung der Haltverbotstrecken angeboten haben und die Verwaltung ergänzend eine Möglichkeit suchen werde, die wegfallenden Anwohnerparkplätze an einem anderen Standort zu ersetzen. Ebenso habe er erfahren, dass der ESW im Ausschuss für Verkehr angeboten habe, die Schilder nur bei extremem Schneefall aufzuklappen und bei Nichtbedarf auch wieder zuzuklappen.

Frau Ebert wendet sich gegen eine starre Regelung vom 01.11. bis 28.02. des Folgejahres.

Herr Lüppken unterbricht abschnittsweise die Sitzung, um anwesende Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen zu lassen.

Ein Anwohner der Straße In den Birken macht Parkplatzprobleme geltend für den Fall der vorgeschlagenen Einrichtung des absoluten Haltverbotes. Die Buslinie 603 werde nur marginal genutzt. In der extremen Winterzeit sollte sie s.

E. eingestellt werden. Der Bereich Eckbusch werde über mehrere andere Linien angedient. Er möchte wissen, an wen sich die Bürger wenden könnten.

Herr Lüppken betont, es müssten natürlich auch die Belange der auf den ÖPNV angewiesenen Menschen berücksichtigt werden. Die Anregung werde mit der Niederschrift an den Ausschuss für Verkehr weitergegeben.

Herr Buntrock macht darauf aufmerksam, dass die WSW bei starkem Schneefall den fraglichen Bereich nur in einem Einbahnring befahren.

Herr Zenz ergänzt, dass dann der Bereich Eckbusch gar nicht angefahren würde, was eigentlich untragbar sei.

Ein Anwohner erkennt bei dieser Einbahnführung des ÖPNV keine Notwendigkeit für die angedachten Haltverbote.

Herr Lüppken erklärt, der Ausschuss für Verkehr habe die Drucksache bzgl. der Straße In den Birken bereits am 30.11.2011 (vorbehaltlich der Anhörung der Bezirksvertretung) beschlossen. Darin gehe es ausschließlich um das Haltverbot, nicht um eine Einbahnregelung.

Herr Zenz möchte das absolute Haltverbot auf das absolute Minimum beschränken, d.h. Aktivierung nur bei Extremsituationen zur Aufrechterhaltung des ÖPNV. Danach unmittelbar Deaktivierung durch den ESW.

Ein Anwohner vermutet, die Problematik werde sich lediglich um rd. 100 m verlagern.

Herr Lüppken fasst zusammen, betr. die Straße in den Birken gehe die Empfehlung an den Ausschuss für Verkehr, die Klappschilder ausschließlich im Extremfall zu öffnen und nach Entschärfung der Situation wieder zuzuklappen.

Frau Weilbrenner regt an, im Winter in verstärktem Maße kleinere Busse statt der Gelenkbusse einzusetzen und die Taktabstände zu vergrößern. Die Bürgerbusse kämen praktisch immer durch.

Herr Lüppken ist sich nicht sicher, ob die finanzielle Situation der WSW die Anschaffung weiterer kleiner Busse zulassen würde. Derzeit gebe es nur eine begrenzte Zahl kleinerer Busse.

Ein Anwohner der Vogelsangstraße versteht nicht, warum Parkplätze entfallen müssten und drei Fahrspuren für die Aufrechterhaltung des ÖPNV in einer Richtung benötigt würden.

Herr Lüppken betont, es sei keine Einbahnstraßenregelung angeboten worden. Er empfehle, das Angebot der WSW zur Verkürzung der Haltverbotszone um mindestens die Hälfte anzunehmen, ebenso wie das Angebot der Verwaltung zur Verlegung der Parkplätze. Die Schilder sollten nur bedarfsabhängig nach der jeweiligen Verkehrssituation bzw. Witterung auf- bzw. wieder zugeklappt werden.

Der Anwohner entgegnet, die Beschilderung für den Einrichtungsverkehr der Busse in Extremsituationen sei ja schon an den Haltestellen angebracht. Die Ausweichstellen müssten somit lediglich groß genug für Pkw und nicht für Busse sein.

Ein anderer Anwohner hielte die gesamte Diskussion für entbehrlich, wenn der ESW an den neuralgischen Stellen entsprechend räumen und streuen würde.

Herr Lüppken und Herr Buntrock weisen darauf hin, ESW, WSW usw. hätten nach eigenen Angaben aufgrund der Erfahrungen der letzten beiden Winter material- und personalmäßig erheblich „aufgerüstet“. Letztes Jahr hätten die Mitarbeiter bis an die Belastungsgrenze gearbeitet. Nun werde im Zweischichtenbetrieb gearbeitet.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 15.12.2011:

1. In den Birken

Dem Ausschuss für Verkehr wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Es wird ein beidseitiges absolutes Haltverbot zwischen Jagdhausweg und Nevigeser Straße eingerichtet, und zwar in Form von Klappschildern, die ausschließlich im Extremfall auf- und nach Entschärfung der Verkehrssituation wieder zugeklappt werden.

2. Vogelsangstraße

Bezug nehmend auf die Angebote der WSW, des ESW und der Verwaltung lt. Ergänzungsdrucksache VO/0827/11/1-A ergeht folgender Beschluss:

Die in der Drucksache VO/0827/11 vom 14.10.2011 Haltverbotsstrecken werden mindestens auf die Hälfte reduziert.

Die Behindertenparkplätze bleiben erhalten. Die Anwohnerparkplätze sollen an eine andere Stelle verlegt werden.

Die Beschilderung erfolgt in Form von Klappschildern, die nur im Extremfall für einen begrenzten Zeitraum vom ESW aufgeklappt und bei Wegfall des Bedarfs wieder zugeklappt werden.

Die Regelungen werden zunächst auf den Winter 2011/2012 begrenzt. Die Bezirksvertretung wird sich im nächsten Jahr erneut mit dem Thema befassen, wenn Erfahrungswerte vorliegen, inwieweit sich die Maßnahmen bewährt haben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Frau Ebert und Frau Krüger haben an Beratung und Beschlussfassung gem. § 31 GO NW nicht teilgenommen.

7.1 Ergebnis der ergänzenden Prüfung zur VO/0827/11

Vorlage: VO/0827/11/1-A

s. TOP 7

8 Errichtung der 6. Gesamtschule

Vorlage: VO/0746/11

Frau Weilbrenner bemängelt, dass die Beratung in den Gremien erst nach Veröffentlichung des Themas in der Presse erfolgt. Sie werde gegen die Vorlage stimmen. Selbst die Bezirksregierung halte die jetzt vorgeschlagene Lösung für die 6. Gesamtschule für die schlechteste.

Herr Simon bemängelt ebenfalls das Verfahren. Er sei zwar grundsätzlich für die 6. Gesamtschule, sehe aber diesen Vorschlag hochgradig kritisch, insbesondere auch wegen der Dependence-Lösung.

Frau Kroll ergänzt, selbst die Mitglieder des Schulausschusses seien nicht eingebunden gewesen. Sie berichtet über die dortige Beratung am 06.12.2011.

Frau Ebert stört, dass die Kolleginnen/Kollegen der Hauptschule Kruppstraße nicht wissen, was mit ihnen passiert. Sie würden vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Stadt Wuppertal habe schließlich auch eine Fürsorgepflicht.

Herr Lüppken ist ebenfalls der Meinung, die Form der Veröffentlichung lasse sehr zu wünschen übrig. Die Information sei nicht gut und nicht rechtzeitig erfolgt. Dies werde und sei bereits moniert worden.

Frau Kroll teilt mit, lt. Beratung im Schulausschuss beschließe die Bezirksregierung, was mit den Kolleginnen/Kollegen der Hauptschule geschehen werde. Sie hielte die Unterbringung der kompletten 6. Gesamtschule am Röttgen für besser.

Frau Weilbrenner äußert sich ähnlich. Das Schulgebäude am Röttgen besitze rd. 50 % mehr Raumvolumen. Man könne praktisch an den Fingern abzählen, dass an der Kruppstraße später auch die Grundschule entfallen werde. Der Bedarf für die Gesamtschule bestehe jedoch eigentlich im Osten der Stadt.

Herr Lüppken weist darauf hin, dass sich für die Hauptschule Kruppstraße nur 1 Schüler für das Schuljahr 2011/2012 angemeldet habe, und zwar, bevor die Pläne für die Gesamtschule bekannt gewesen seien.

Herr Zenz gibt zu bedenken, es sei zumindest positiv zu sehen, dass es für die Hauptschule Kruppstraße eine sinnvolle schulische Nachfolgenutzung geben werde.

Herr Buntrock sieht dies u. a. auch positiv. Die Schule sterbe nicht, sondern werde in anderer Form weitergeführt, integriert in die Gesamtschule. Und dort sei der Unterricht hervorragend in Bezug auf die Berufsvorbereitung.

Frau Altmann hält die 6. Gesamtschule zwar auch für sehr wichtig. Wegen der Größe des Schulgebäudes und auch wegen des Einzugsgebietes wäre sie jedoch besser am Röttgen angesiedelt.

Frau Ebert spricht sich grundsätzlich ebenfalls für die 6. Gesamtschule aus. Es sei jedoch die Frage, wer sie an diesem Standort letztlich nutzen werde.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 15.12.2011:

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Die 6. Gesamtschule wird ab dem Schuljahr 2013/2014 am Standort der Gemeinschaftshauptschule Am Katernberg, Kruppstraße, mit sechs Zügen in der Sekundarstufe I errichtet.
2. Die Sekundarstufe II wird ab dem Schuljahr 2019/2020 am Standort der Gemeinschaftshauptschule Uellendahl, Röttgen, errichtet. Über die auslaufende Auflösung dieser Hauptschule ab dem Schuljahr 2015/2016 wird zu gegebener Zeit eine gesonderte Vorlage erstellt.

Die Beschlüsse stehen gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf.

3. Der Beschluss des Rates der Stadt Wuppertal vom 10.11.2008 (Drucks.-

Nr. VO/0764/08), soweit er unter 1. die Erweiterung der Gesamtschule Vohwinkel um zwei Züge (auf gesamt 6 Züge) betrifft, wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (bei 3 Gegenstimmen von FDP, Die Linke und WfW)

8.1 Antwort zur großen Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2011 „Anfrage zu TOP 4, Errichtung der 6. Gesamtschule“

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 15.12.2011

Die Antworten der Verwaltung werden ohne Beschluss entgegen genommen.

**9 Auslaufende Auflösung der Gemeinschaftshauptschule Am Katernberg, Kruppstraße
Vorlage: VO/0748/11**

Herr Zenz bittet, alles dafür zu tun, dass die derzeitigen Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Kruppstraße weiterhin dort ihren Schulabschluss machen können, auch wenn sich die Schulform demnächst ändert.

Herr Lüppken macht auf einen Fehler in der Drucksache aufmerksam: Statt „Entgegennahme o. B.“ müsse es richtig lauten „Empfehlung/Anhörung“.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 15.12.2011:

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Die Gemeinschaftshauptschule Am Katernberg, Kruppstraße, wird gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG NRW) ab dem Schuljahr 2012/2013 auslaufend aufgelöst.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (bei 1 Gegenstimme der FDP)

**10 Bebauungsplan Nr. 223 - Bergerheide -
4. Änderung (Mit Flächennutzungsplanberichtigung Nr. 65B)
- Offenlegungsbeschluss -
Vorlage: VO/0630/11**

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 15.12.2011:

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Geltungsbereich der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 223 – Bergerheide – liegt zwischen der nach Norden ausgerichteten Wohnbebauung, der Oberen Bergerheide und der nördlich verlaufenden Pahlkestraße mit der angrenzenden Kindertagesstätte.
2. Die Änderung des Geltungsbereichs wird zur Offenlegung entsprechend

der Anlage 04 beschlossen

3. Die Offenlegung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 223 – Bergerheide – wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB für den unter 1. genannten Geltungsbereich beschlossen.
4. Die Änderung des Bebauungsplans wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen. Das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

11

Freie Mittel

- Antrag Sportfreunde Dönberg

- Antrag Grundschule Birkenhöhe

Herr Lüppken teilt mit, es seien aktuell noch 3.564,00 € an freien Mitteln vorhanden. Er verweist auf den Beschluss aus der letzten Sitzung. Hiernach sei vorgesehen, dem Bewohnertreff Oase weitere ggf. noch vorhandene Restmittel zur Verfügung zu stellen. Den Sportfreunden Dönberg sei der heute offiziell beantragte Zuschuss im Grunde bereits zugesagt worden.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 15.12.2011

Der Verein Sportfreunde Dönberg 1927 e.V. erhält entsprechend seinem Antrag vom 14.11.2011 aus freien Mitteln der Bezirksvertretung einen Zuschuss in Höhe von 2.500,00 € für Zaunarbeiten an der Sportanlage am Dönberg.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Herr Lüppken stellt fest, dass somit noch 1.064,00 € zur Verfügung stehen.

Zu dem ebenfalls vorliegenden Antrag „Rollerstände an der GS Birkenhöhe“ bittet **Frau Ebert** um Verschiebung auf das nächste Jahr und um nähere Angaben.

Herr Schäfers spricht sich dafür aus, den verbleibenden Betrag an die „Oase“ zu vergeben.

Herr Zenz macht darauf aufmerksam, der vorliegende Antrag stamme nicht von der Schule, sondern gehe auf eine Elterninitiative zurück, was er grundsätzlich positiv sehe. Die Kinder dürften die Roller nicht mehr mit ins Gebäude nehmen. Das Problem werde schon seit längerer Zeit diskutiert. Man sollte daher diesen Antrag nicht klein reden.

Frau Kroll spricht sich ebenfalls dafür aus, den Restbetrag an die „Oase“ auszuzahlen und den Bedarf für den Rollerstände im nächsten Jahr erneut zu eruieren. Zu ihrer Zeit an der Schule seien das nur ganz wenige Roller gewesen.

Herr Buntrock schlägt vor, die Antragstellerin bzw. die Schulleiterin zur nächsten Sitzung einzuladen.

Herr Simon ist der Meinung, es sollte ein Vergleichsangebot vorgelegt werden. Die Restmittel 2011 solle die „Oase“ erhalten.

Herr Lüppken stellt fest, dass die abschließende Beratung dieses Antrags auf die nächste Sitzung vertagt und die Schulleiterin dazu eingeladen werden soll. Die Restmittel 2011 würden an den „Bewohnertreff Oase“ vergeben.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 15.12.2011

Die Bezirksvertretung bewilligt der Diakonie für das Projekt „Spielgerät Bewohnertreff Oase“ einen weiteren Betrag in Höhe von 1.064,00 € aus den freien Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Hans-Joachim Lüppken
Bezirksbürgermeister

Holger Müller
Schriftführer